

# Konjunktur in Deutschland

# 1 Deutsche Wirtschaftsleistung im dritten Quartal etwas gestiegen

**Die deutsche Wirtschaftsleistung erhöhte sich im dritten Quartal 2024 überraschend. Die Aussichten bleiben jedoch weiterhin schwach.** Laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale BIP um saisonbereinigt 0,2 % gegenüber dem Vorquartal.<sup>1)</sup> Dies übertraf zwar frühere Erwartungen,<sup>2)</sup> allerdings wurde gleichzeitig der Rückgang des BIP im zweiten Quartal von 0,1 % auf 0,3 % revidiert. Die Wirtschaftsleistung blieb somit im Sommerhalbjahr insgesamt schwach. Zudem lässt sich aus der Zunahme des BIP im dritten Quartal schwerlich eine verbesserte konjunkturelle Grunddynamik ableiten. Denn maßgeblich waren dafür gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes vor allem steigende staatliche und private Konsumausgaben.<sup>3)</sup> Und angesichts des gemischten Indikatorenbildes für den privaten Konsum ist davon auszugehen, dass dieser nur leicht zulegte. Somit bieten sämtliche maßgebliche Nachfragekomponenten gegenwärtig wenig Anlass für eine kurzfristige merkliche Erholung der deutschen Wirtschaft. Der private Konsum profitierte im dritten Vierteljahr zwar von den kräftig steigenden Löhnen. Allerdings trübt sich der Arbeitsmarkt zusehends ein, und die – teilweise wohl auch deswegen – hohe Verunsicherung unter den Verbrauchern dürfte den Anstieg des privaten Konsums gedämpft haben. Die Exporte sowie die Produktion in Industrie und Bau gingen weiter zurück. Die immer noch erhöhten Finanzierungskosten und die ausgeprägte wirtschaftspolitische Unsicherheit belasteten weiterhin die Investitionen und damit die Nachfrage nach Bauleistungen und Investitionsgütern. Erschwerend für die Investitionsneigung in der Industrie kommt die mittlerweile niedrige Kapazitätsauslastung hinzu. Angesichts der verschlechterten Wettbewerbsposition der deutschen Industrie ergaben sich aus den wachsenden deutschen Absatzmärkten im Ausland keine Wachstumsimpulse. Die Industrie steht unter hohem Druck, sich an sich verändernde strukturelle Rahmenbedingungen am heimischen Produktionsstandort und auf den Weltmärkten anzupassen.

---

1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

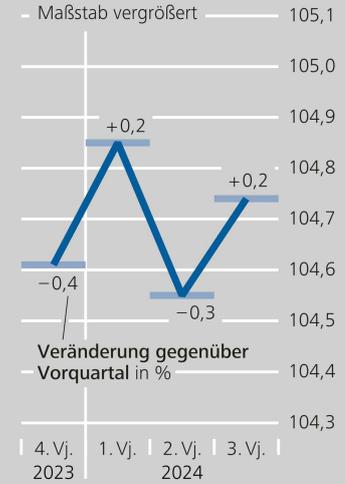
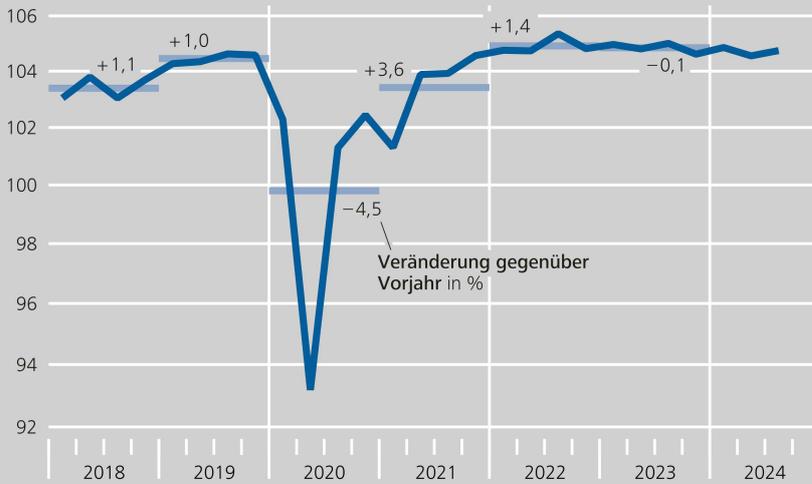
2 Zuletzt wurde für das dritte Quartal ein leichter BIP-Rückgang erwartet, vgl.: Deutsche Bundesbank (2024a).

3 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2024).

## Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Schaubild 4.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.  
Deutsche Bundesbank

## 2 Industrie- und Baukonjunktur blieben schwach

**Industrieproduktion und Warenexporte gingen weiter zurück.** Die Industrieproduktion sank im September saisonbereinigt stark. Im Mittel des dritten Quartals ging sie deutlich gegenüber dem Vorquartal zurück. Von dem Rückgang waren die meisten Sektoren betroffen. Auch die Produktion in den energieintensiven Zweigen verringerte sich, nachdem sie zuvor zwei Quartale in Folge gestiegen war. Zu dem Rückgang der Industrieproduktion insgesamt dürfte insbesondere die anhaltend schwache Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten beigetragen haben. Laut Umfragen des ifo Instituts nahm der bereits zuvor hohe Auftragsmangel noch weiter zu. Einen Anstieg der Produktion gab es nur in wenigen Sektoren. So setzten der sonstige Fahrzeugbau und die Reparatur und Installation von Maschinen ihre Aufwärtsbewegung fort. Auch die Produktion von Kraftfahrzeugen erhöhte sich leicht. Im Einklang mit der insgesamt schwachen Industriekonjunktur gingen auch die Warenexporte im dritten Quartal erneut zurück. Dass die deutsche Industrie von dem im Sommerhalbjahr recht kräftigen Wachstum des Welthandels so wenig profitierte, dürfte vor allem daran liegen, dass sich ihre Wettbewerbsposition außerhalb und innerhalb der EU in den vergangenen Jahren erheblich verschlechterte.<sup>4)</sup> Die Industrie befindet sich in einem schwierigen Umfeld und steht unter hohem Anpassungsdruck an sich verändernde strukturelle Rahmenbedingungen am heimischen Produktionsstandort und auf den Weltmärkten. Sie muss sich an die längerfristigen Auswirkungen des durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiepreisschocks anpassen sowie mit zahlreichen weiteren Herausforderungen zurechtkommen, etwa der grünen Transition zu einer CO<sub>2</sub>-freien Produktionsweise, dem demografischen Wandel oder auch einer zunehmenden Konkurrenz durch aufstrebende Volkswirtschaften wie China. Von diesem Strukturwandel ist die deutsche Automobilindustrie in besonderer Weise betroffen (siehe Exkurs „Die jüngere Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie in Deutschland“).

---

4 Gemäß Umfragen des ifo Instituts verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie außerhalb und innerhalb der EU seit Anfang beziehungsweise seit Mitte 2022.

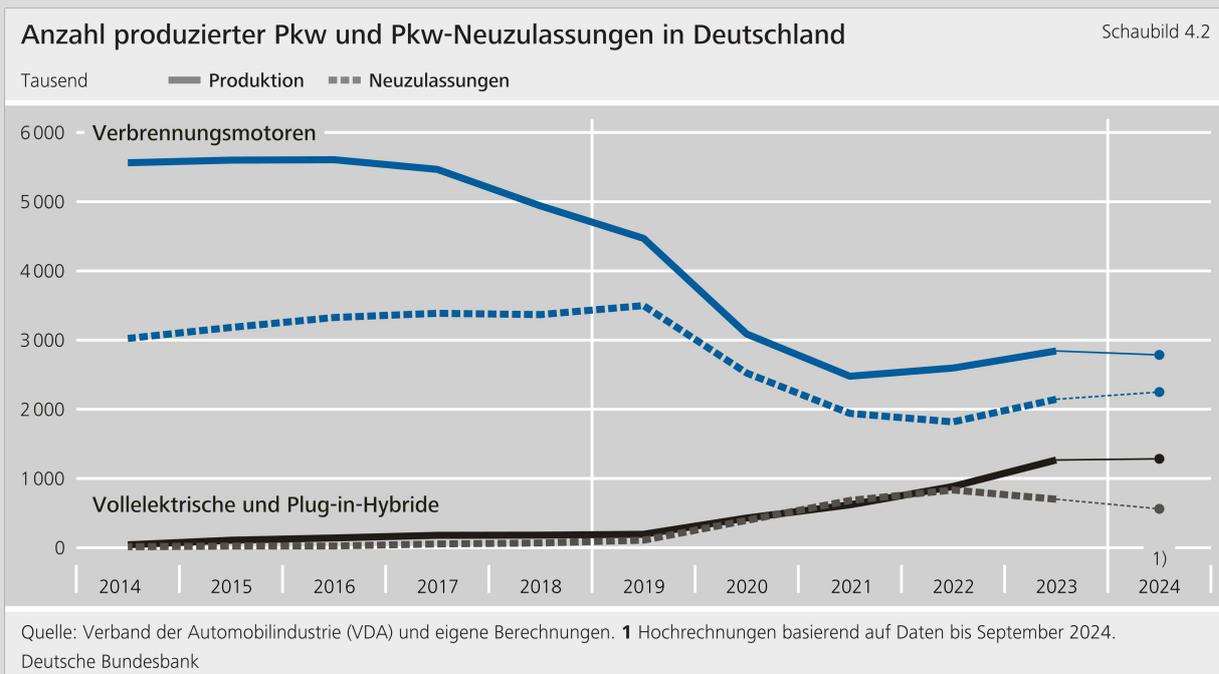
## Die jüngere Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie in Deutschland

**Die deutsche Kraftfahrzeugbranche befindet sich derzeit in einer großen Transformation.** Änderungen im internationalen Wettbewerb, insbesondere der steigende Wettbewerbsdruck aus China, sowie die Umstellung auf Elektromobilität stellen die deutsche Kraftfahrzeugindustrie vor große Herausforderungen. Angesichts der erheblichen Bedeutung der Kraftfahrzeugindustrie für Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland ist dieser Transformationsprozess auch gesamtwirtschaftlich von Belang.<sup>1)</sup>

**Bislang überwogen die Belastungen, die von der Transformation ausgehen.** Die Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland erreichte ihren Hochpunkt 2017 und ging seither erheblich zurück. Im Jahresdurchschnitt 2023 lag sie kalenderbereinigt um 15 % unter dem Niveau von 2017.<sup>2)</sup> Dabei ging die Anzahl produzierter Personenkraftwagen in Deutschland zwischen 2017 und 2023 laut Angaben des Verbandes der deutschen Automobilhersteller (VDA) um mehr als ein Viertel zurück. Die Anzahl der im Inland produzierten Personenkraftwagen mit Verbrennungsmotor verminderte sich in dieser Zeit besonders stark, nämlich um fast die Hälfte. Die Exportzahlen von Verbrennern sanken in diesem Zeitraum um rund zwei Fünftel. Gleichzeitig versiebenfachte sich die Produktionszahl der batterie-elektrisch betriebenen Personenkraftwagen, und ihr Anteil an der gesamten Produktion von Personenkraftwagen in Deutschland nahm auf fast ein Drittel rasant zu.<sup>3)</sup> Die Exporte von Elektroautos stiegen um das 8½-fache auf einen Anteil von gut einem Viertel. Sie glichen den Rückgang bei den Verbrennern jedoch bei weitem nicht aus. Trotz geringerer Fertigungszahlen

- 
- 1 Die Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen erwirtschafteten 2022 (jüngster Datenstand) etwas weniger als 4 % des deutschen BIP. Der Anteil an den Warenausfuhren lag 2023 bei etwas über 17 %. Darüber hinaus waren im gleichen Jahr 907 000 Personen direkt in der Automobilindustrie sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies entsprach einem Anteil von 2,6 % an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dabei spielt die Automobilindustrie über Lieferbeziehungen mit anderen Branchen für die Gesamtwirtschaft eine noch größere Rolle (vgl.: Puls und Fritsch (2020)).
  - 2 Die Industrieproduktion ohne Kraftfahrzeuge ging etwas weniger stark zurück. 2023 unterschritt sie den Jahresdurchschnitt 2017 um 7 %.
  - 3 Elektrofahrzeuge umfassen hier sowohl vollelektrische Fahrzeuge (BEV) als auch Hybridautos mit elektrischer Lademöglichkeit zum Einstecken (PHEV).

verzeichneten die Hersteller von Kraftfahrzeugen in Deutschland deutliche Umsatzzuwächse. Dies legt nahe, dass sie vermehrt hochpreisige Fahrzeuge verkauften und im Zuge der Lieferengpässe 2021/22 Preissteigerungen für ihre Fahrzeuge am Markt durchsetzen konnten. Zudem erzielten die Unternehmen mehr Umsätze aus Tätigkeiten, die nicht den Produktionsbetrieben zuzuordnen sind. Zu diesen Entwicklungen passt, dass die Bruttowertschöpfung der Kraftfahrzeugbranche laut Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen( VGR) 2022 (letzter verfügbarer Datenstand) kräftig stieg und damit über dem Niveau von 2017 lag.<sup>4)</sup>



**Derzeit herrschen die Schwächezeichen im Kraftfahrzeugsektor vor.** Im zweiten und dritten Quartal 2024 stieg die Produktion zwar im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt wieder, nach vier Rückgängen in Folge. Sie blieb zuletzt jedoch noch unter dem Vorjahresniveau. Der Auftragseingang stieg zwei Quartale in Folge, allerdings von niedrigem Niveau aus. Die Unternehmen im Kraftfahrzeugsektor sahen sich auch zuletzt einer schlechten Auftragsituation gegenüber. So lag der Anteil der Unternehmen, welche im Oktober von einem Auftragsmangel berichteten, laut ifo Institut bei 44 % und nahm damit sogar noch einmal zu.

4 Die Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung und Produktionsindex ist damit im Kraftfahrzeugsektor besonders ausgeprägt. Das Auseinanderlaufen seit der Pandemie könnte mit den statistischen Erhebungsformen zusammenhängen. So wird die wirtschaftliche Aktivität der Automobilunternehmen im Rahmen der VGR umfassender, nämlich einschließlich der Dienstleistungen, abgebildet.

**Zur Schwäche der deutschen Kraftfahrzeug-Produktion in den letzten Jahren trug die schleppende Entwicklung des globalen Automobilmarkts bei.** Die deutsche Personenkraftwagen-Industrie ist stark vom Export und somit vom globalen Markt für Kraftfahrzeuge abhängig. Rund drei Viertel der in Deutschland produzierten Personenkraftwagen sind für das Ausland bestimmt.<sup>5)</sup> Der globale Absatz von Personenkraftwagen hatte bis 2017 äußerst schnell expandiert, kühlte sich danach aber ab und brach in der Pandemie stark ein. Dies hatte auch in Deutschland einen Produktionseinbruch zur Folge.<sup>6)</sup> Danach erholte sich der Weltmarkt zwar; dennoch blieb die Zahl der weltweiten Neuzulassungen von Personenkraftwagen 2023 etwa 10 % unter dem Stand von 2017. Dieser Rückgang ist regional breit angelegt; er betrifft unter anderem Nordamerika, Europa, China und Japan.

**Zudem verloren deutsche Hersteller auf dem bedeutsamen chinesischen Markt in jüngerer Zeit Anschluss.** In China war zuletzt bereits jedes zweite verkaufte Auto elektrisch. In diesem Segment dominieren chinesische Anbieter, während deutsche Hersteller hier bislang nur auf sehr niedrige Marktanteile kamen. Vor diesem Hintergrund sehen sich deutsche Hersteller in China mit deutlich sinkenden Absatzzahlen konfrontiert. Dies beeinträchtigt neben der Produktion in China selbst auch die deutschen Exporte von Kraftfahrzeugen nach China, die seit 2023 klar rückläufig sind. Überdies werfen die Direktinvestitionen der deutschen Kraftfahrzeugbranche in China deutlich weniger Gewinne ab.<sup>7)</sup> Diese Investitionen hatten in der Vergangenheit erheblich zu den Gewinnen der deutschen Automobilkonzerne beigetragen.

---

5 Der Großteil der deutschen Exporte von Personenkraftwagen geht in die EU.

6 Zu diesem Produktionseinbruch trug auch bei, dass im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie 2020 Autohäuser in Deutschland zwischenzeitlich schließen mussten und Lieferketten durch vorübergehende Grenzschließungen gestört wurden.

7 Bereits ab 2012 war China der wichtigste Produktionsstandort im Ausland für deutsche Automobilhersteller. Sie profitierten dadurch von der rasant wachsenden Nachfrage auf dem chinesischen Automobilmarkt. Ende 2022 war rund ein Drittel des gesamten Bestands deutscher Direktinvestitionen der Kraftfahrzeugbranche in China investiert.

**China wurde in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Wettbewerber für Deutschland auf den Automärkten in Drittländern.** Deutschland verlor seit 2017 in vielen wichtigen Abnehmerländern von Kraftfahrzeug-Produkten an Marktanteilen.<sup>8)</sup> Dazu dürfte der steigende Wettbewerbsdruck aus China beigetragen haben (siehe dazu den Exkurs zum zunehmenden Wettbewerbsdruck aus China für Deutschland und andere Industrieländer im Kapitel "Internationales und europäisches Umfeld" in diesem Monatsbericht). China schwang sich in den letzten Jahren zum wichtigsten Exporteur von Personenkraftwagen auf. Chinesische Elektroautos drangen speziell nach Europa vor.<sup>9)</sup> Angesichts wettbewerbsverzerrender Subventionen in China verhängte die Europäische Kommission zuletzt Ausgleichszölle auf die Importe von Elektroautos aus China.<sup>10)</sup>

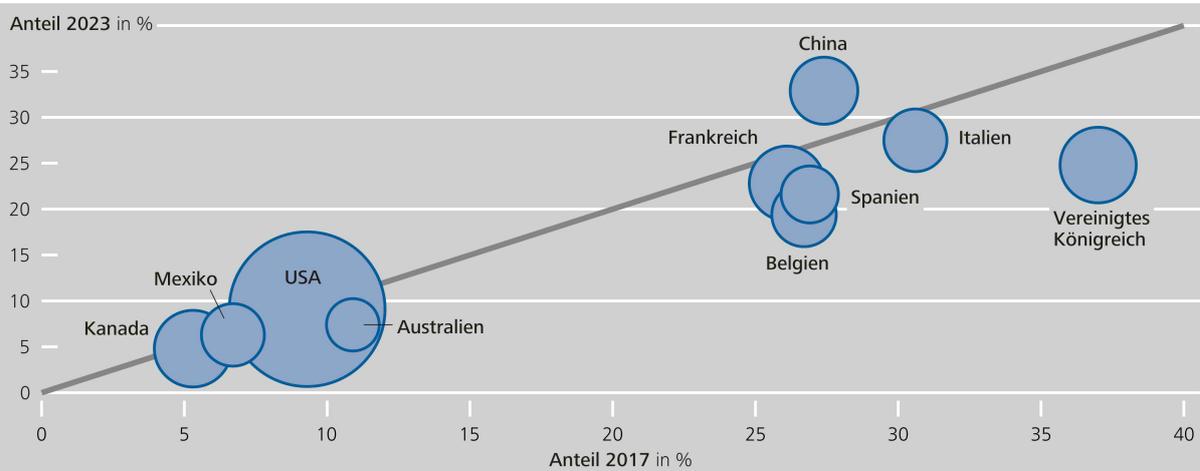
---

8 Besonders hoch fiel der Rückgang im Vereinigten Königreich aus, wo der Anteil Deutschlands von 37 % auf 25 % sank. Dabei dürfte vor allem der EU-Austritt des Landes eine wesentliche Rolle gespielt haben. Der Marktanteilsgewinn in China dürfte auch damit zusammenhängen, dass China Mitte 2018 die Zölle auf importierte Autos und Autoteile senkte, wovon speziell deutsche Hersteller profitiert haben könnten.

9 Der Anteil von in China hergestellten Fahrzeugen an den Gesamtzulassungen von vollelektrischen Autos in der EU könnte in diesem Jahr auf ein Viertel steigen. Ein Gutteil davon entfällt bislang auf europäisch-chinesische Joint Ventures sowie Tesla. Der Marktanteil rein chinesischer Marken könnte dieses Jahr 11 % erreichen und sich mittelfristig auf 20 % erhöhen. Vgl.: Transport & Environment (2024).

10 Die nach Herstellern gestaffelten Zusatzzölle sind so tariert, dass sie die chinesischen Subventionen ausgleichen; sie sollen mithin "faire" Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen, ohne aber den Zugang zum europäischen Markt grundsätzlich einzuschränken. Damit stehen sie im Einklang mit WTO-Recht. China hat angekündigt, als mögliche Gegenmaßnahme zusätzliche Zölle auf Importe von leistungsstarken Personenkraftwagen mit Verbrennungsmotoren zu erheben. Dies könnte vor allem Deutschland treffen.

Anteil Deutschlands an den Importen von Kfz und Kfz-Teilen ausgewählter Länder\*) Schaubild 4.3



Quelle: Trade Data Monitor und eigene Berechnungen. \* Gemäß Warenkategorie HS 87. Die Kreisfläche repräsentiert den Wert der gesamten Kfz-Importe im Jahr 2023 des jeweiligen Landes.  
Deutsche Bundesbank

**Darüber hinaus belasten die Probleme des Industriestandorts Deutschland und branchenspezifische Entwicklungen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen im Inland.** Fachkräftemangel, hohe Lohn- und Energiekosten sowie Bürokratielasten beeinträchtigen auch die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie.<sup>11)</sup>

**Als schwierig erweist sich darüber hinaus die Transformation auf Elektroantriebe für die deutschen Hersteller und Zulieferer, die eine ausgeprägte Kompetenz in der Verbrenner-Technologie besitzen.** Die Neuzulassungen von E-Autos in Deutschland gingen 2023 stark zurück, und auch 2024 zeichnet sich ein kräftiges Minus ab. Diejenigen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor legten deutlich zu. Hingegen stiegen im laufenden Jahr die Neuzulassungen von E-Autos in einigen anderen großen europäischen Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder Spanien weiter.<sup>12)</sup> Die Probleme beim Absatz von Elektrofahrzeugen erscheinen in Deutschland derzeit demnach beson-

11 Laut Bundesbank-Online Panel – Unternehmen (BOP-F) stehen der Fachkräftemangel, hohe Energie- und Lohnkosten, Unsicherheit über den regulatorischen Rahmen sowie die Steuer- und Abgabenlast mehr Investitionen der Unternehmen in Deutschland entgegen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024b). Zudem zeigt die Unternehmensbefragung, dass die Unternehmen die hohe regulatorische Belastung als eines der drängendsten Probleme ansehen.

12 Vgl.: CAM: Marktentwicklung von Elektroautos in Europa unterschiedlich, aber konstant – electrive.net. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Spanien gab es auch 2024 Förderprogramme beim Kauf von Elektrofahrzeugen.

ders ausgeprägt.<sup>13)</sup>

**Die Transition zur E-Mobilität erfordert Anpassungen der Automobilindustrie in Deutschland.**<sup>14)</sup> Die deutschen Automobilhersteller bewältigten aber auch früher mitunter große Herausforderungen. Sie sind laut einer Studie mit Blick auf den Anteil der Beschäftigten mit für die Transition benötigten Fähigkeiten sowie der Anzahl grüner Patente grundsätzlich gut aufgestellt, um die Transition erfolgreich zu bestreiten.<sup>15)</sup> Eine der Voraussetzungen ist eine hinreichende Ladeinfrastruktur, deren Ausbau weiter vorangehen muss.<sup>16)</sup> Zudem bedarf es eines klaren wirtschaftspolitischen Rahmens, der keine Zweifel an dem politischen Rückhalt für die Transition aufkommen lässt.

---

13 Die Produktionszahlen lagen im laufenden Jahr zwischen Januar und September laut VDA-Angaben bei Elektrofahrzeugen um rund 1 % über dem Vorjahresstand. Bei Verbrennungsmotoren ist der Abstand mit – 2 % leicht negativ.

14 Vgl.: Prognos-Studie zur Beschäftigung in der Automobilindustrie (VDA).

15 Vgl.: Falck und Kaura (2023).

16 Laut einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ( BMDV) werden bis 2030 zwischen 380 000 und 680 000 öffentlich zugängliche Ladepunkte benötigt, um mit der Entwicklung der Elektromobilität Schritt halten zu können. Vgl.: Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur (2024). Daten des Ladesäulenregisters der Bundesnetzagentur legen nahe, dass eine Fortsetzung des erhöhten Ausbautempos des Jahres 2023 nötig wäre, um den Mindestwert bis 2030 zu erreichen.

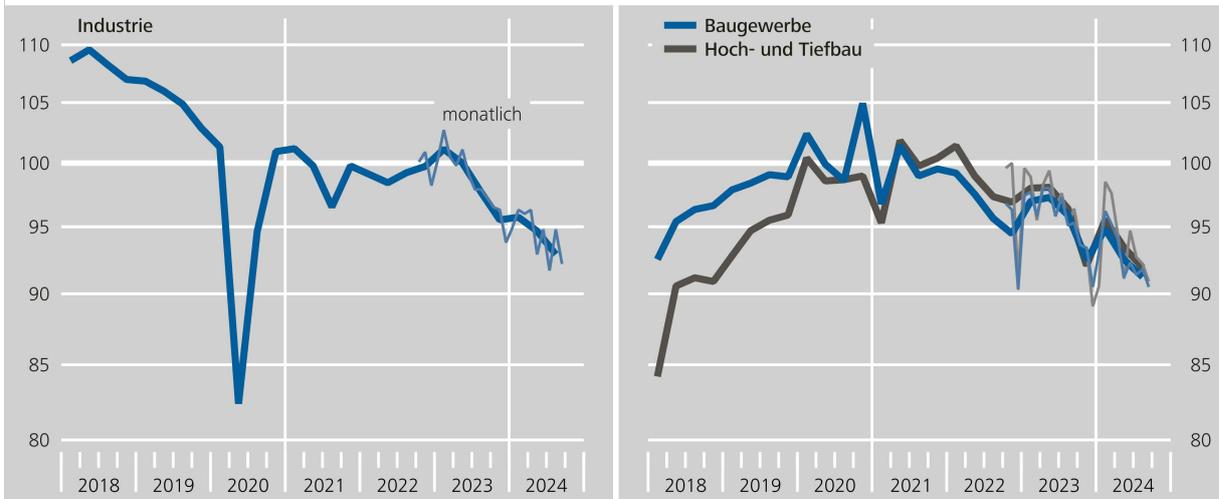
**Die gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen dürften im dritten Quartal gesunken sein.** Dies signalisieren die Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten, welche preisbereinigt gegenüber dem Vorquartal deutlich zurückgingen. Auch die bis August verfügbaren preisbereinigten Einfuhren von Investitionsgütern deuten in diese Richtung. Die erhöhten Finanzierungskosten und die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit lasteten weiter auf den Investitionen. Zu der schwachen Investitionstätigkeit dürfte zudem beigetragen haben, dass der Auslastungsgrad in der Industrie seit längerem niedrig ist. Laut Umfragen des ifo Instituts ist die Kapazitätsauslastung seit Oktober 2022 rückläufig und liegt mittlerweile ganz erheblich unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Hier schlägt sich der anhaltende Nachfragemangel eindrucksvoll nieder.

**Die Bauinvestitionen und die Bauproduktion litten nach wie vor unter einer schwachen Nachfrage.** Die Bauinvestitionen dürften ihren Rückgang im dritten Quartal fortgesetzt haben. Die Bauproduktion sank saisonbereinigt erneut gegenüber dem Vorquartal. Besonders stark sank die Produktion im Hochbau, aber auch im Ausbaugewerbe und im Tiefbau war sie rückläufig. Die bis August verfügbaren nominalen Umsätze im Bau deuten darauf hin, dass vor allem die Investitionen im Wohnungsbau weiter zurückgingen. Im Gewerblichen Bau und im Öffentlichen Bau sowie Straßenbau lagen die Umsätze dagegen im Mittel von Juli und August über dem Vorquartal. Die Bauwirtschaft kämpft weiterhin mit einer schwachen Nachfrage nach Bauleistungen. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe stieg zwar im Mittel von Juli und August deutlich gegenüber dem Vorquartal. Verglichen mit den Niveaus zu Zeiten der Niedrigzinsphase (etwa verglichen mit dem Stand vom vierten Quartal 2021) war er aber noch deutlich gedrückt. Dies lag am Hochbau, wo die Nachfrage auch zuletzt im Vorquartalsvergleich zurückging. Im Tiefbau überschritt der Auftragseingang das Niveau von Ende 2021 dagegen wieder. Insbesondere im Wohnungsbau machen sich weiterhin die noch erhöhten Finanzierungskosten negativ bemerkbar.

## Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

Schaubild 4.4

2021 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.  
Deutsche Bundesbank

**Der private Konsum und wohl auch die Dienstleister stützten die Wirtschaft im Sommerquartal.** Positive Impulse für den Konsum kamen von den kräftig steigenden Löhnen. Allerdings zögerten die Verbraucherinnen und Verbraucher wohl, ihre zusätzlichen Ausgabenspielräume zu nutzen. Dies erscheint vor dem Hintergrund der mittlerweile spürbaren Eintrübung am Arbeitsmarkt nachvollziehbar und wird von den gemischten Signalen gestützt, die von den Indikatoren für den privaten Konsum ausgehen. Das GfK-Konsumklima verbesserte sich – allerdings von niedrigem Niveau aus. Die Zulassungen privater Kraftfahrzeuge sanken gemäß Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Auch die preisbereinigten Umsätze im Gastgewerbe, welche im Mittel von Juli und August unter dem Vorquartal lagen, sprechen für einen schwachen Konsum. Positiv entwickelten sich dagegen die realen Einzelhandelsumsätze. Sie übertrafen im dritten Quartal das Vorquartal spürbar. Der Dienstleistungssektor erhielt damit insgesamt wohl nur geringe Impulse vom privaten Konsum. Auch die Schwäche in der Industrie machte sich im Dienstleistungssektor bemerkbar. So sanken die preisbereinigten Umsätze im Großhandel gegenüber dem Vorquartal merklich. Ein positives Signal für den Dienstleistungsbereich lieferte der Produktionsindex, welcher im Mittel von Juli und August etwas über dem Vorquartal lag. Insgesamt dürften die Dienstleister somit die Wirtschaftsaktivität gestützt haben.

### 3 Arbeitsmarkt kühlte im Sommer ab

**Die lang anhaltende wirtschaftliche Schwäche erreichte im Sommerquartal auch den bislang sehr robusten Arbeitsmarkt.** Die Beschäftigung ging von ihrer zuvor erreichten Rekordhöhe aus leicht zurück. Dabei hielt die starke sektorale Differenzierung an. So sank die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe und im Handel. Dagegen war die Arbeitsnachfrage bei den Dienstleistungen weiterhin hoch, obwohl die Beschäftigung auch hier in einigen Bereichen schwächer zulegen als zuvor. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich weiter. Kurzarbeit wird zwar seit einiger Zeit im Verarbeitenden Gewerbe verstärkt genutzt, spielt gesamtwirtschaftlich jedoch nach wie vor keine große Rolle. Die Aussichten bleiben gedämpft: Den Frühindikatoren zufolge wird sich die Lage am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten weder deutlich verbessern noch erheblich verschlechtern.

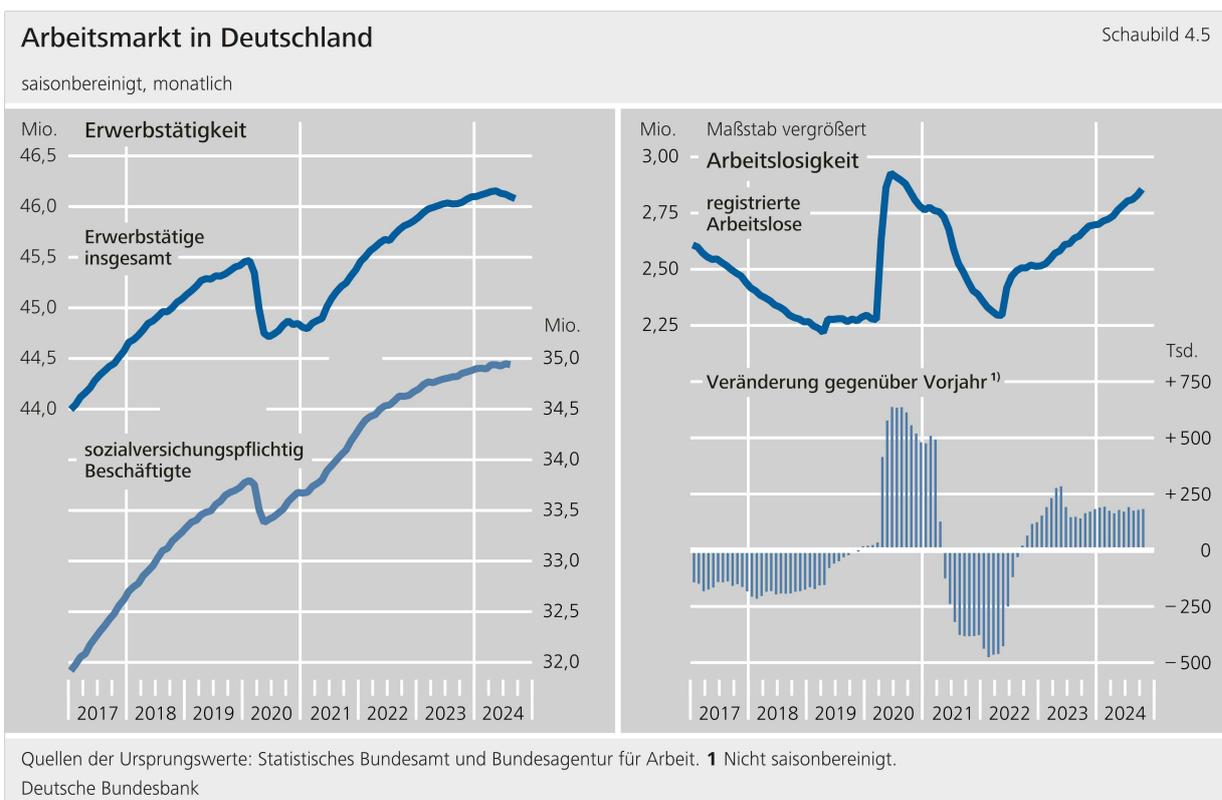
**Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ging im Vorquartalsvergleich zurück.** Im Durchschnitt der Sommermonate waren saisonbereinigt 45 000 Personen weniger beschäftigt als im Frühjahr 2024. Damit verringerte sich die Gesamtbeschäftigung um 0,1 %. Mit der Veröffentlichung der Daten zur gesamten Erwerbstätigkeit am 30. Oktober 2024 wurden auch die Monate seit Jahresbeginn 2024 vom Statistischen Bundesamt revidiert. Vor allem ab Juni 2024 wurde die Beschäftigung nach unten revidiert, sodass nunmehr die Beschäftigungsdynamik leicht negativ und der Beschäftigtenstand um gut 0,1 % beziehungsweise knapp 70 000 Personen niedriger ist.<sup>5)</sup> Damit stellt sich der Arbeitsmarkt etwas schwächer dar als bislang. Gemäß den erst bis August vorliegenden Daten sank die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten spürbar. Die Selbstständigkeit folgt bereits seit einiger Zeit einem rückläufigen Trend. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse war dagegen relativ stabil.

**Der Personalabbau beschränkt sich auf einige, allerdings wichtige Branchen.** Im Verarbeitenden Gewerbe, das dem internationalen Wettbewerb und dem Strukturwan-

---

5 Dahinter stehen in erster Linie geringere Arbeitnehmerzahlen. Die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Zahlen zu den sozialversicherungspflichtigen oder geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen auf Basis von Registerdaten sind von der Revision jedoch nicht betroffen.

del besonders ausgesetzt ist, wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bereits seit einiger Zeit moderat reduziert. Dieser Rückgang beschleunigte sich noch etwas. Bislang dürfte das Personal überwiegend über die normale Fluktuation verringert worden sein, indem weniger Ersatzpersonal eingestellt wurde. Deutlich stärker war die Anpassung in der Leiharbeit, in der viele Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe eingesetzt wurden. So konnte trotz zurückgehender Produktion in der Industrie die Stammebelegschaft oft noch gehalten werden. Zukünftig wird dies jedoch immer weniger möglich sein, da dieser Anpassungskanal bereits stark genutzt wurde. Auch im Baugewerbe und im Handel sank der Personalbestand moderat. Das Gastgewerbe scheint das Beschäftigungsmaximum nach der Pandemie inzwischen erreicht zu haben. Hier wurde das Personal zuletzt leicht reduziert. Kaum noch Zuwachs gab es in der zuvor dynamisch expandierenden Informations- und Kommunikationsbranche und den unternehmensnahen Dienstleistungen. Recht kräftig eingestellt wurde dagegen weiterhin im Gesundheits- und Pflegebereich, der Erziehung, dem Öffentlichen Dienst, der Energie- und Wasserversorgung sowie im Finanzsektor. Die Arbeitsnachfrage in diesen Bereichen profitiert teils deutlich vom demografischen Wandel und der Dekarbonisierung.



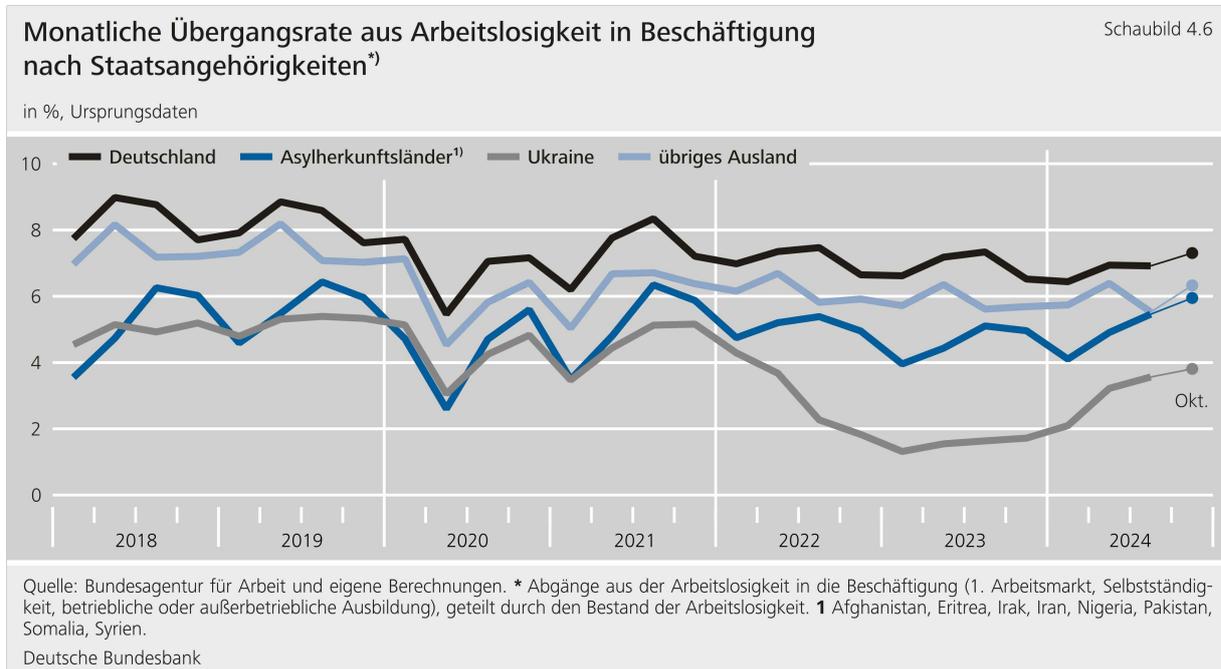
**Wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit wird weiterhin nur moderat in Anspruch genommen.** Dieses Instrument dient in erster Linie der Überbrückung vorübergehender konjunktureller Nachfrageausfälle. Viele Betriebe beklagen jedoch strukturelle Schwierigkeiten. Darüber hinaus dürfte die vergleichsweise zurückhaltende Inanspruchnahme darauf zurückzuführen sein, dass die Zugangskriterien nicht – wie zum Beispiel in der Pandemie oder der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – gelockert wurden. Außerdem sind die Kosten der Sozialversicherungsbeiträge der Kurzarbeiter für die ausgefallene Arbeitszeit im Normalfall von den anmeldenden Betrieben zu tragen. Einzig im Verarbeitenden Gewerbe war die Nutzung leicht erhöht. Hier waren im Juli 2,5 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betroffen. In der restlichen Wirtschaft spielte Kurzarbeit praktisch keine Rolle.

**Die Zuwanderung aus Drittstaaten stabilisiert zunehmend die bis zuletzt gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.** Da das Arbeitsangebot der Einheimischen und damit auch die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit aus demografischen Gründen sinkt – im August 2024 waren es 160 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als im Vorjahresmonat –, füllen mehr und mehr Zuwanderer diese Lücke. Nun ist im laufenden Jahr auch die Nettozuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten zum Erliegen gekommen. Diese Art der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung – oftmals aus den mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten – spielte in den 2010er Jahren eine herausgehobene Rolle für das Beschäftigungswachstum in Deutschland. Im Vorjahresvergleich ist ihr Beitrag zum sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungswachstum nunmehr aber auf null gesunken. Als Ausgleich für den deutlichen Rückgang der Einheimischen am Arbeitsmarkt dienen in der aktuellen gedämpften Arbeitsmarktsituation damit vor allem Zuwanderer aus Drittstaaten. Hier gab es ein Plus von 284 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat.<sup>6)</sup> Neben den seit einigen Monaten geltenden Vereinfachungen für arbeitsmarktorientierte Zuwanderung im Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes – hier liegen noch keine Daten zur Wirkung vor – ist auch in den Blick zu nehmen, inwieweit bereits im Lande befindliche Flüchtlinge in die Beschäftigung integriert werden. Insbesondere im Fall der ukrainischen Geflüchteten verbesserte sich seit Anfang des Jahres die zuvor sehr niedrige Übergangsrate aus Arbeitslosigkeit in

---

6 Zu diesem Plus trugen vor allem Personen aus der Ukraine mit + 65 000 bei, aus den wichtigsten Asylherkunftsstaaten (Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, Nigeria, Eritrea, Somalia) mit + 59 000 sowie den Westbalkanstaaten (Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Kosovo, Albanien) mit + 32 000. Der Rest ist weit gestreut, wobei arbeitsmarktorientierte Zuwanderung zuletzt stark aus Indien, Südostasien und Lateinamerika stammte.

Beschäftigung deutlich.<sup>7)</sup> Gleichwohl bedeuten monatliche Übergänge von 6 % der arbeitslosen Flüchtlinge aus dem Asylkanal und knapp 4 % der arbeitslosen Ukrainerinnen und Ukrainer in den ersten Arbeitsmarkt immer noch kein hohes Integrations-tempo.



**Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich weiter leicht.** In den drei Sommermonaten waren im Durchschnitt saisonbereinigt 2,81 Millionen Personen arbeitslos, rund 52 000 Personen mehr als im zweiten Quartal 2024. Die entsprechende Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,0 %. Im Oktober kamen gegenüber dem Vormonat weitere 27 000 Arbeitslose hinzu, und die zugehörige Quote erreichte 6,1 %. In den letzten Monaten nahm vor allem die Zahl der Arbeitslosen im konjunktur-reagiblen Versicherungssystem des SGB III zu.

**In den nächsten Monaten könnte die Beschäftigung weiter moderat zurückgehen.** Insbesondere das ifo Beschäftigungsbarometer, welches die Personalpläne der gewerblichen Wirtschaft in Umfragen bei den Unternehmen ermittelt, ist in den letzten Monaten tiefer in den negativen Bereich gesunken. In diesen Umfragen offenbart sich

7 Die Sprach- und Integrationskurse beziehungsweise die Wartezeit darauf dürften eine Erwerbsaufnahme der ukrainischen Flüchtlinge verzögert haben. Gleichwohl sind die Bedingungen zur Erwerbsaufnahme auch aktuell aufgrund des hohen Anteils alleinerziehender Frauen und knapper Betreuungskapazitäten nicht einfach.

gleichzeitig die hohe sektorale Heterogenität. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel ist die Stimmung schlecht. Weniger gut abgedeckt sind bei der ifo-Befragung die Bereiche der öffentlichen Grundversorgung, die ihren Personalbestand bis zuletzt am stärksten erhöhten. Entsprechend ist das Bild beim IAB-Beschäftigungsbarometer für die Gesamtwirtschaft positiver, da es diese Bereiche implizit mitefasst. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen stabilisierte sich zuletzt nach langem Rückgang. Die Arbeitslosigkeit dürfte weiterhin langsam steigen. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit wies im Oktober wieder einen leichten Rücksetzer aus und befindet sich im moderat negativen Bereich.

## 4 Löhne steigen aktuell noch stark

**Die Tarifverdienste stiegen im Sommer sehr stark.** Einschließlich der Nebenvereinbarungen nahmen sie im dritten Quartal um kräftige 8,8 % gegenüber dem Vorjahr zu, nach 3,1 % zuvor. Dies ist die höchste Vorjahresrate seit Sommer 1993. Ausschlaggebend dafür waren vor allem sehr kräftige Tarifierhebungen im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel. Dort gab es hohe dauerhafte Lohnsteigerungen, Nachzahlungen und eine Inflationsausgleichsprämie. Auch wenn die Sonderzahlungen herausgerechnet und ausschließlich die Grundvergütungen betrachtet werden, legten die Tarifverdienste im Sommer mit 5,6 % gegenüber dem Vorjahr nochmals stärker zu als im Frühjahr (4,3 %). Der Hochpunkt der Phase sehr hoher Lohnsteigerungen könnte aber im dritten Quartal erreicht worden sein.

**Auch die Effektivverdienste erhöhten sich voraussichtlich kräftig.** Dies legen die bis einschließlich September 2024 veröffentlichten Brutto-Monatsverdienste aus der Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes nahe.<sup>8)</sup> Denn sie legten sogar noch leicht stärker zu als im zweiten Quartal. Damals waren die Effektivverdienste um über 5 % gewachsen und damit im langfristigen Vergleich weiterhin deutlich überdurchschnittlich.

**In den Dienstleistungen stiegen die Löhne stärker als im Produzierenden Gewerbe.** Darin dürfte sich auch der andauernde Fachkräftemangel in den Dienstleistungsbranchen niederschlagen.<sup>9)</sup> Die Arbeitnehmer in den Dienstleistungen konnten ihre infolge des Inflationsschubs erlittenen Reallohnverluste inzwischen weitgehend aufholen. Im Produzierenden Gewerbe wurden hingegen die Reallohnverluste seit 2021 nicht vollständig ausgeglichen.

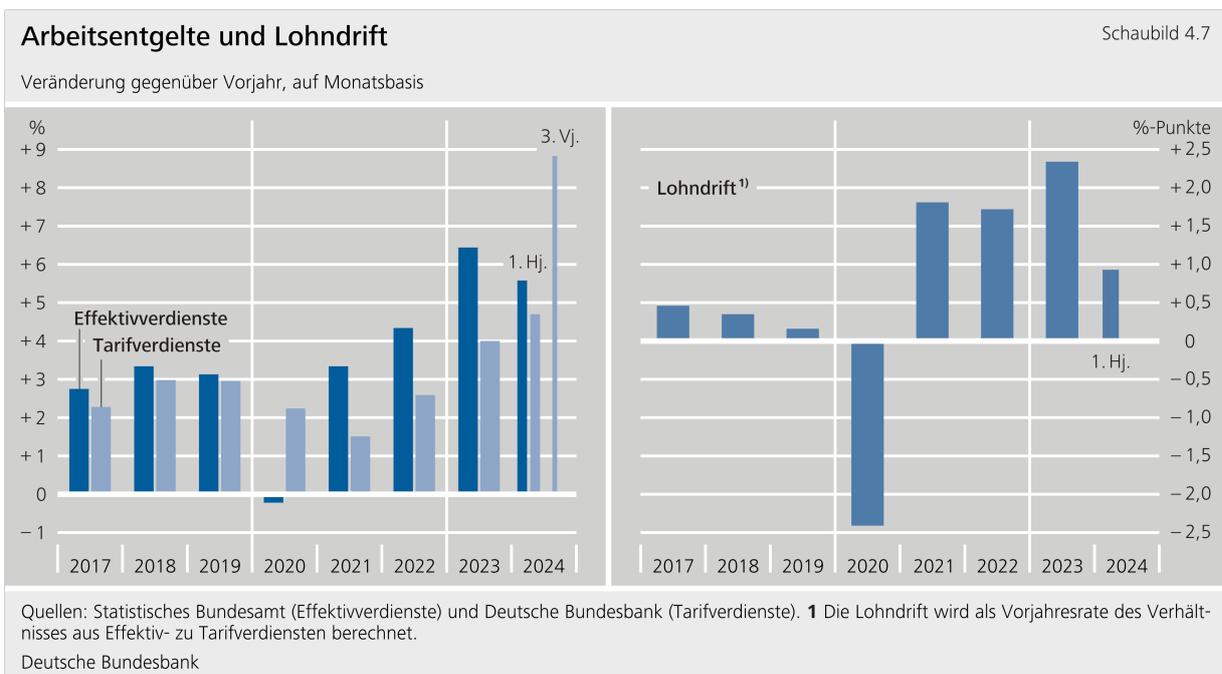
**Gegenwärtig treffen hohe Lohnforderungen auf ein schwaches wirtschaftliches Umfeld.** Derzeit liegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften zwischen 7 % (Kunststoffindustrie) und 19 % (Systemgastronomie) für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Sie fallen vergleichsweise hoch aus, da die Gewerkschaften anstreben, nach dem Wegfall

---

<sup>8</sup> In diese Statistik gehen nur die Nominallöhne von Vollzeitbeschäftigten ein.

<sup>9</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024c).

der Inflationsausgleichsprämien die in den vergangenen Jahren eingetretenen Kaufkraftverluste durch dauerhafte Lohnzuwächse auszugleichen. Im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen beispielweise wird von ver.di ein dauerhaftes Lohnplus von 8 %, mindestens 350 €, für eine Laufzeit von zwölf Monaten gefordert.<sup>10)</sup> Allerdings fiel das jüngst vereinbarte Lohnplus in der Metall- und Elektroindustrie mit 2,2% per annum vor dem Hintergrund einer stark eingetrübten wirtschaftlichen Lage der Branche recht moderat aus. Der Abschluss in dieser wichtigen Industriebranche könnte eine Signalwirkung für andere Industriebranchen haben. Insgesamt ist angesichts der lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase und deutlich gesunkener Inflationsraten zu erwarten, dass es in den weiteren anstehenden Lohnverhandlungen zu spürbar niedrigeren Abschlüssen kommt als in den vergangenen zwei Jahren.



<sup>10</sup> Ergänzend werden drei freie Tage zur Entlastung und höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten gefordert.

## 5 Inflationsrate um den Jahreswechsel voraussichtlich vorübergehend etwas höher

**Die Verbraucherpreise stiegen im Sommer nicht mehr so stark wie zuvor.** Sie legten gemessen am HVPI im Sommervierteljahr saisonbereinigt um 0,3 % zu und damit etwa nur noch halb so stark wie in den beiden vorangegangenen Quartalen. Die Preise für Energie sanken sogar spürbar. Dies galt vor allem für Mineralölprodukte, bei denen sich die gesunkenen Ölpreise, aber auch die Aufwertung des Euro und vermutlich gedämpfte Gewinnmargen niederschlugen. Bei den Gas- und Stromtarifen wurden wohl ebenfalls vorherige Rückgänge der entsprechenden Marktnotierungen an die Verbraucher weitergereicht. Bei Dienstleistungen ließ der Preisauftrieb zwar etwas nach, blieb aber weiterhin auf einem außergewöhnlich hohen Niveau. Bei Nahrungsmitteln verstärkte er sich sogar wieder. Vor allem für Molkereiprodukte sowie Obst und Gemüse musste deutlich mehr bezahlt werden. Bei Industriegütern ohne Energie setzte sich der leichte Preisrückgang aus dem Vorquartal zwar nicht fort. Die Preise stiegen allerdings nur moderat und bei weitem nicht so stark wie noch im Vorjahr. Auch in der Vorjahresbetrachtung ließ der Preisauftrieb nach. Die Inflationsrate insgesamt ging von 2,6 % auf 2,2 % zurück.<sup>11)</sup> Dies lag nicht nur an den rückläufigen Energiepreisen im Sommer 2024, sondern auch an einem dämpfenden Basiseffekt durch den Anstieg der Energiepreise im Sommer 2023. Die Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel blieb dagegen mit 3,1 % fast so hoch wie im Vorquartal (3,2 %).

**Im Oktober lag die Inflationsrate wieder deutlich höher, was nicht nur auf einen Basiseffekt bei Energie zurückging.** Im Oktober zogen die Verbraucherpreise saisonbereinigt deutlich an. Die Preise für Energie stiegen wieder, da die Rohölnotierungen höher lagen. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich wieder stärker, denn die Preise für Molkereiprodukte sowie Obst und Gemüse wurden erneut deutlich angehoben. Für Reiseleistungen musste wesentlich mehr bezahlt werden als im Vormonat, was sich in den Preisen für Dienstleistungen insgesamt niederschlug. Aber auch ohne die volatilen Reisepreise gerechnet verteuerten sich Dienstleistungen nach wie vor überdurch-

---

11 Beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) sank die entsprechende Rate von 2,3 % auf 1,9 %.

schnittlich. Mieten stiegen weiterhin etwas stärker als im historischen Durchschnitt.<sup>12)</sup> Industriegüter ohne Energie setzten dagegen die moderate Preisentwicklung des Vormonats fort. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Inflationsrate insgesamt deutlich von 1,8 % auf 2,4 %.<sup>13)</sup> Dabei spielte auch eine Rolle, dass die Energiepreise im Oktober 2023 merklich zurückgegangen waren, was sich im Oktober 2024 als erhöhender Basiseffekt in der Inflationsrate niederschlug. Die Kernrate zog ebenfalls deutlich von 3,0 % auf 3,3 % an. Lässt man die schwankungsanfälligen Preise für Reisen, aber auch Bekleidung außer Acht, lag die Rate allerdings nahezu unverändert bei 3 %.

---

12 Vgl. auch: Exkurs "Rolle der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum für den Disinflationsprozess in Deutschland".

13 Beim VPI stieg die Rate ebenfalls deutlich von 1,6 % auf 2,0 %.

## Rolle der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum für den Disinflationprozess in Deutschland

Die Inflation in Deutschland ging seit dem Höhepunkt im Oktober 2022, als die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) 11,6 % erreicht hatte, deutlich zurück. Der Disinflationprozess wurde von den schwankungsreichen Komponenten Energie und Nahrungsmittel angeführt. Mit einer gewissen Verzögerung trugen auch Kernkomponenten zum Rückgang der Inflation bei. Vor allem der Preisdruck bei den Industrieerzeugnissen ohne Energie ließ aufgrund auslaufender angebotsseitiger Störungen stark nach. Die Dynamik der Dienstleistungspreise ist dagegen weiterhin sehr hoch, vor allem wegen des unverändert kräftigen Lohnwachstums.

**Zu den Kernkomponenten gehören auch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung.** <sup>1)</sup> Diese trugen zum Disinflationprozess in Deutschland bislang kaum bei. Die Aufwärtsdynamik der Mieten, die den weitaus größten Anteil an Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung ausmachen, nahm bis zum zweiten Vierteljahr 2024 stetig zu. Die Mieten stiegen im dritten Quartal 2024 um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr, während sie zum Höhepunkt der Inflation im vierten Quartal 2022 um 1,9 % gestiegen waren. In der Mietentwicklung spiegelt sich neben einer anhaltend hohen Nachfrage auch die ungünstige, eher preistreibende Angebotsentwicklung am Wohnungsmarkt seit 2021 wider. <sup>2)</sup> Davon ist nicht nur das Angebot an Mietwohnungen betroffen, sondern insbesondere auch der Bau von Eigenheimen. Hinzu kam, dass extrem gestiegene Preise für Bauleistungen und die im Zuge der geldpolitischen Straffung angepassten Hypothekenzinsen es im Verbund mit dem am Ende des Immobilienmarktbooms erreichten hohen Niveau der Kaufpreise erheblich erschwerten, Wohnraum für die eigene Nutzung zu erwerben. <sup>3)</sup>

---

1 Hierin sind Nebenkosten für Heizung, Elektrizität und Wasser nicht enthalten.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024d)

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024e)

**Die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum (owner-occupied housing, OOH) bleiben im HVPI – anders als die tatsächlichen Mieten – ausgeblendet.** Als ein Ergebnis der letzten geldpolitischen Strategieüberprüfung empfahl der EZB-Rat, die Kosten für OOH in den HVPI zu integrieren, um dessen Aussagekraft in Bezug auf Repräsentativität und Vergleichbarkeit zwischen Ländern zu verbessern.<sup>4)</sup> Dabei sei der Nettoerwerbsansatz die bevorzugte Messmethode. Gleichzeitig kündigte er an, Preisindikatoren, die OOH-Kosten berücksichtigen, in den regelmäßig beobachteten Kranz an Daten zur Beurteilung der Preisentwicklung aufzunehmen.

**Die von der amtlichen Statistik berechneten OOH-Preisindizes ermöglichen es in Grenzen, den HVPI um die OOH-Kosten auf Basis des Nettoerwerbsansatzes zu erweitern.** Ergebnisse liegen nur vierteljährlich und mit einer Publikationsverzögerung von etwa einem Quartal vor. Um die Entwicklung des OOH-Preisindex zu verstehen, ist ein Blick auf seine Zusammensetzung wichtig. In Deutschland besteht er zu fast drei Vierteln aus den Preisen für Selbstbauten und große Renovierungen; zu rund einem Sechstel aus den Kaufpreisen neu erstellter Häuser einschließlich Nebenkosten des Erwerbs und zu etwa einem Zehntel aus Ausgaben im Zusammenhang mit bestehenden selbst genutzten Wohneinheiten.<sup>5)</sup> Der markante Auf- und Abschwung der Häuser- und Bauleistungspreise schlägt sich somit auch im OOH-Preisindex nieder. So schoss dessen Vorjahresrate bis zur Jahresmitte 2022 auf 15,2 % in die Höhe und bildete sich danach recht schnell wieder zurück; im zweiten Quartal 2024 belief sich der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr auf nur noch 2,1 %.

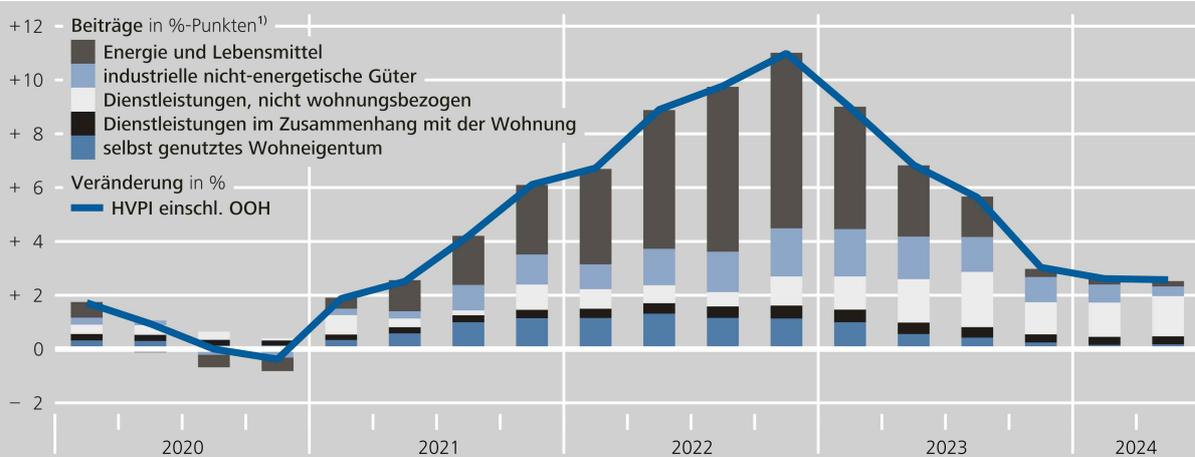
---

4 Vgl.: Europäische Zentralbank (2021a), Punkt 3.

5 In den OOH-Preisindizes der anderen Länder des Euroraums spielen die Baupreise eine geringere und die Immobilienpreise eine größere Rolle. Im OOH-Preisindex für den Euroraum beispielsweise liegt das Gewicht der Selbstbauten und großen Renovierungen bei 45 % und das Gewicht der Kaufpreise neu erstellter Immobilien einschließlich der Kosten für Dienste im Zusammenhang mit dem Erwerb bei 32 % (vgl.: Eiglsperger et al. (2024), S. 8).

## Zerlegung der Vorjahresveränderung des HVPI einschließlich selbst genutztem Wohneigentum (OOH)

Schaubild 4.8



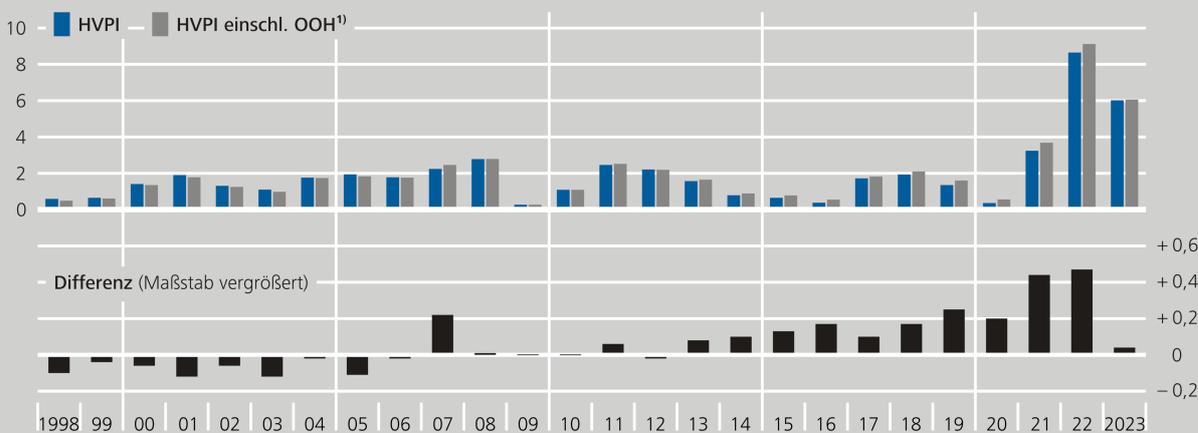
**Mit Blick auf den um OOH erweiterten HVPI trugen auch die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum zum Disinflationsprozess erkennbar bei.** Bei diesem Befund ist mit ins Bild zu nehmen, dass die Vorjahresrate des um OOH erweiterten HVPI zwischen Mitte 2021 und Mitte 2022 die am HVPI gemessene Inflation um bis zu 0,7 Prozentpunkte übertraf. Somit ging von den OOH-Kosten bis 2022 ein zusätzlicher Inflationsimpuls aus, der sich im Rahmen des Disinflationsprozesses weitgehend normalisierte.<sup>6)</sup> Am aktuellen Rand war die Inflation in beiden Abgrenzungen des HVPI, mit und ohne OOH, praktisch gleich hoch.

6 Wird der Einfluss der Wohnkosten auf die Inflationsentwicklung anhand des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) untersucht, so zeigt sich, dass der rechnerische Beitrag seit Ende 2022 tendenziell zunahm. Dies liegt daran, dass im VPI die OOH-Kosten nach dem Mietäquivalenzansatz berechnet werden, das heißt, für die Selbstnutzung von Wohnimmobilien werden vergleichbare Mieten unterstellt. Die Wahl des methodischen Ansatzes hat erkennbaren Einfluss auf den empirischen Befund. In Knetsch et al. (2024) wird ausgeführt, dass die Berechnung der OOH-Kosten nach unterschiedlichen Methoden im Einklang mit den Hauptverwendungszwecken von HVPI und VPI steht.

## HVPI mit und ohne selbst genutztem Wohneigentum (OOH) in der Langfristbetrachtung

Schaubild 4.9

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, Jahresdurchschnitte



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. <sup>1</sup> Basiert auf amtlichem OOH-Preisindex ab 2010 und eigener Rückrechnung von 1998 bis 2009.

Deutsche Bundesbank

**Im langfristigen Durchschnitt ist die Inflationsrate in Deutschland den experimentellen Rechnungen zufolge nicht merklich davon beeinflusst, ob OOH-Kosten in den HVPI einbezogen sind oder nicht.** In den vergangenen 25 Jahren wich – mit Ausnahme des Zeitraums 2021/22 – die Vorjahresrate des HVPI mit OOH nicht um mehr als 0,3 Prozentpunkte nach unten oder oben von der HVPI-Rate ab.<sup>7)</sup>

**Im Rahmen der 2021 abgeschlossenen geldpolitischen Strategieüberprüfung wurde ein mehrjähriger, stufenweiser Plan vorgeschlagen, um OOH ohne Qualitätseinbußen in den monatlichen HVPI zu integrieren.** Dabei wurde den damit verbundenen

<sup>7</sup> Der OOH-Preisindex des Statistischen Bundesamtes deckt den Zeitraum ab dem ersten Quartal 2010 ab. Um den Zeitraum bis zu Beginn der HVPI-Berichterstattung abzudecken, ist der OOH-Preisindex mit geeigneten Indikatorreihen hilfsweise zurückgerechnet worden (vgl.: Knetsch et al. (2024), Anhang).

statistisch-methodischen Herausforderungen Rechnung getragen.<sup>8)</sup> Dennoch gab es in Reaktion auf den Wunsch des EZB-Rats, OOH perspektivisch in den HVPI nach dem Nettoerwerbsansatz einzubeziehen, während der letzten zweieinhalb Jahre keinerlei Fortschritte.<sup>9)</sup>

**Die Öffentlichkeit sieht es als einen Mangel der Preismessung im Euroraum an, dass die Wohnkosten unzureichend berücksichtigt werden.**<sup>10)</sup> Das ergaben die im Vorfeld der letzten geldpolitischen Strategieüberprüfung durchgeführten Konsultationen. Hier Abhilfe zu schaffen, steigert die Akzeptanz des HVPI. Umfragen lassen zudem erwarten, dass ein Umstieg auf das repräsentativere Inflationsmaß kein Risiko für die Verankerung der Inflationserwartungen mit sich bringen dürfte.<sup>11)</sup> Hierfür ist aber wichtig, dass die Öffentlichkeit die Wirkungen der Einbeziehung von OOH in den HVPI versteht. Dies kann durch eine entsprechende Kommunikation erreicht werden.<sup>12)</sup>

---

8 Vgl.: Europäische Zentralbank (2021b), S. 5.

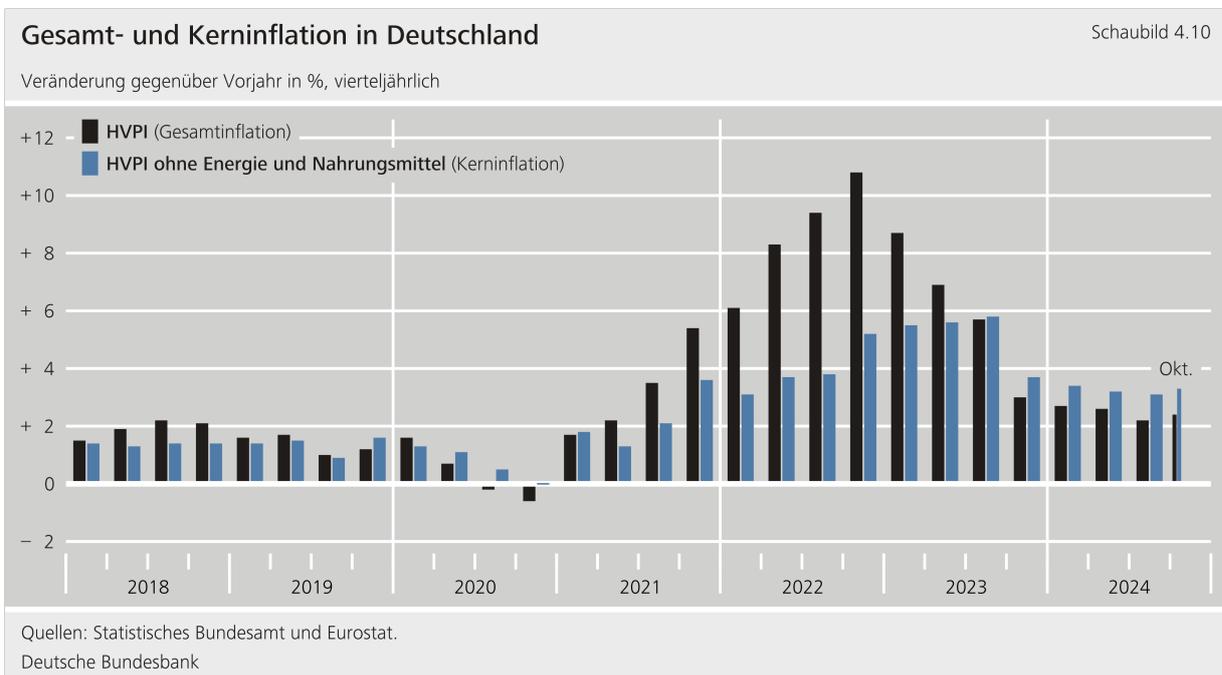
9 Das Europäische Statistische System( ESS) setzte eine Arbeitsgruppe ein, die im Juni 2023 einen Bericht vorlegte. Darin wurde festgehalten, dass es unter den europäischen Statistikämtern keinen Konsens gebe, wie OOH im HVPI zu behandeln sei. Selbst die vierteljährliche Veröffentlichung experimenteller Indikatoren ließ sich nicht umsetzen. Statt mit einem konkreten Plan die Einbeziehung schrittweise voranzubringen, konnten sich die Statistikämter lediglich darauf einigen, weitere Forschung auf diesem Gebiet anzustoßen (vgl.: Eurostat (2023

10 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020)

11 Vgl.: Wauters et al. (2024)

12 Auf die kommunikativen Herausforderungen, die mit der Einbeziehung von OOH in den HVPI verbunden sind, wurde in der letzten geldpolitischen Strategieüberprüfung hingewiesen (vgl.: Europäische Zentralbank (2021c), S. 64).

**Vorübergehend ist mit einer noch etwas höheren Inflationsrate zu rechnen.** Zum Jahresende 2023 sanken die Energiepreise deutlich. Diese Abwärtsbewegung im Basisjahr erhöht für sich genommen in den kommenden Monaten die Teuerungsrate, da der Abstand zwischen den aktuellen Preisen und den Preisen des Vorjahres zunimmt. Die Inflationsrate dürfte dadurch vorübergehend noch etwas weiter steigen. Dies gilt umso mehr als auch für die Kernrate dämpfende Basiseffekte entfallen – hier gingen im Bereich der Reiseleistungen die Preise im Vorjahr erheblich zurück. Zu Beginn des neuen Jahres wirken zudem Sondereffekte preissteigernd. Dazu zählen die Preisanhebung beim Deutschlandticket und wohl auch kräftige Anhebungen der Tarife für private Krankenversicherungen. Ohne diese Sondereffekte dürfte der Trend der Kernrate zwar allmählich abnehmen. Das kräftige Lohnwachstum aus dem Jahr 2024 hält die Teuerung vor allem bei Dienstleistungen aber noch hoch.



## 6 Deutsche Wirtschaft schwächelt auch im Herbst

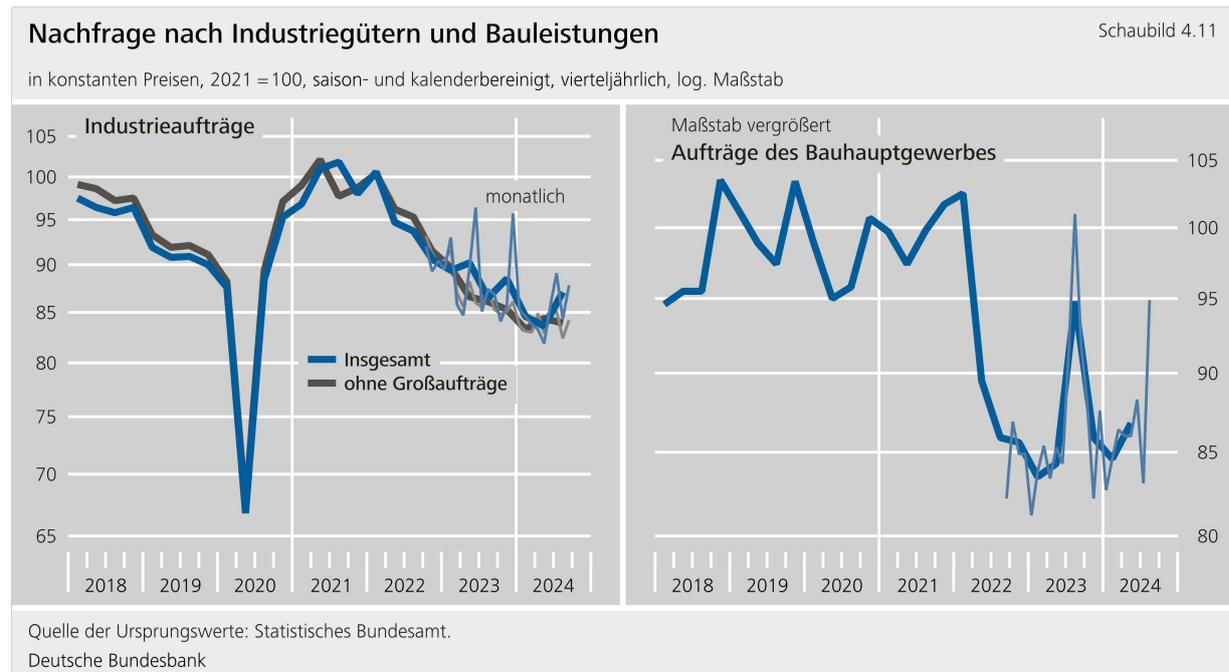
**Die Konjunkturflaute der deutschen Wirtschaft wird wohl auch im vierten Quartal anhalten.** Industrie und Bau dürften die Wirtschaftsleistung weiter dämpfen. Die auf der Investitionsneigung lastenden Faktoren wie eine hohe Unsicherheit, immer noch vergleichsweise hohe Finanzierungskosten und eine geringe Auslastung in der Industrie bestehen nach wie vor. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen ist noch schwach, auch wenn sich hier eine Erholung andeutet. Gemäß Umfragen des ifo Instituts war der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe mit Auftragsmangel im Oktober weiter hoch, und die Geräteauslastung verringerte sich im Vorquartalsvergleich noch einmal leicht. Der Arbeitsmarkt dürfte sich mit moderat sinkender Beschäftigung und leicht steigender Arbeitslosigkeit weiter abkühlen. Der private Konsum könnte dennoch erneut etwas expandieren, denn die kräftig gestiegenen Löhne bieten noch weiteren Spielraum für zusätzliche Konsumausgaben. Allerdings zeigen sich die Verbraucher weiterhin verunsichert und werden diese zusätzlichen Ausgabenmöglichkeiten wohl nur zögerlich nutzen. Alles in allem könnte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal in etwa stagnieren.

**Der private Konsum und die Dienstleister dürften die Wirtschaft im laufenden Quartal weiter stützen.** Der private Konsum profitiert weiter von kräftig gestiegenen Löhnen. Allerdings ist die Konsumstimmung unter den Verbrauchern laut Umfragen des Marktforschungsinstituts GfK nach wie vor gedämpft.<sup>14)</sup> Im Oktober erhöhten sich insbesondere die Einkommenserwartungen und die Anschaffungsneigung. Der für November prognostizierte GfK-Konsumklimaindex verbesserte sich zwar, blieb aber noch niedrig. Positive Impulse könnten von Kraftfahrzeugkäufen ausgehen. Die Zulassungen privater Kraftfahrzeuge erhöhten sich im Oktober gemäß Angaben des VDA kräftig gegenüber dem Vormonat und dem Mittel des Vorquartals. Die Umfragen des ifo Instituts liefern für die konsumnahen Dienstleistungen gemischte Signale. Während sich die Geschäftslage im Einzelhandel verbesserte, verschlechterte sie sich im Gastgewerbe. Der Dienstleistungssektor insgesamt dürfte die Wirtschaft aber weiter stützen. Die ifo Geschäftslage verbesserte sich hier spürbar.

---

14 Vgl.: GfK (2024).

**Die Industrie kommt wohl auch im vierten Quartal nicht in Schwung.** Die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen ist in der Tendenz weiter schwach. Zwar überschritt der industrielle Auftragseingang im Mittel des dritten Quartals das Vorquartal deutlich. Ohne die volatilen Großaufträge gerechnet lag er jedoch sogar noch etwas unter dem Vorquartal. Dies geht auf einen starken Rückgang der Neuaufträge aus dem Inland zurück. Der Orderzufluss ohne Großaufträge aus dem Ausland nahm dagegen das zweite Quartal in Folge zu, was eine beginnende Erholung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen andeutet. Im Einklang mit der insgesamt schwachen Nachfrage ging die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo Institut im Oktober weiter zurück. Auch der Anteil der Unternehmen, die von einem Auftragsmangel berichteten, stieg weiter an. Im Oktober zeigten sich zwar die Geschäftserwartungen etwas weniger pessimistisch. Eine rasche Besserung ist gleichwohl nicht zu erwarten. Denn die Geschäftslage und die Exporterwartungen verschlechterten sich weiter. Auch die kurzfristigen Produktionspläne lagen unter dem Niveau des dritten Quartals, obwohl sie sich gegenüber dem Vormonat verbesserten. Einen ersten Hinweis auf einen verhaltenen Einstieg in das vierte Quartal gibt zudem die Stückzahl produzierter Personenkraftwagen. Diese unterschritt im Oktober gemäß Angaben des VDA das Mittel des Vorquartals etwas.



## Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2024a), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Oktober 2024.

Deutsche Bundesbank (2024b), Inländische Investitionshemmnisse für deutsche Unternehmen, Monatsbericht, Mai 2024.

Deutsche Bundesbank (2024c), Lohnentwicklung in Deutschland: aktuelle Lage, Vergleich mit dem Euroraum und Aussichten, Monatsbericht, Oktober 2024.

Deutsche Bundesbank (2024d), Zu den Auswirkungen der geldpolitischen Straffung auf die Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2024.

Deutsche Bundesbank (2024e), Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2023, Monatsbericht, Februar 2024, S. 48 – 50.

Eiglsperger, M., I. Ganoulis, B. Goldhammer, O. Kouvavas, M. Roma und A. Vlad (2024), Owner-occupied housing and inflation measurement, Statistics Paper Series No 47.

Europäische Zentralbank (2021a), Erklärung zur geldpolitischen Strategie der EZB, 8. Juni 2021.

Europäische Zentralbank (2021b), An overview of the ECB's monetary policy strategy, Juli 2021.

Europäische Zentralbank (2021c), Inflation measurement and its assessment in the ECB's monetary policy strategy review, Occasional Paper Series, No 265.

Europäische Zentralbank (2020), ECB Listens –Summary report of the ECB Listens Portal responses.

Eurostat (2024), Harmonised Index of Consumer Prices( HICP), Methodological Manual, 2024 edition.

Eurostat (2023), Owner-occupied housing and the harmonised index of consumer prices: Outcome of the work of the European Statistical System, 2023 edition.

Falck, O. und K. Akash (2023), Green Skills in German Manufacturing, EconPol Policy Brief 55, CESifo.

GfK (2024), Konsumklima klettert auf den höchsten Stand seit April 2022, Pressemitteilung vom 29. Oktober 2024.

Knetsch, T. A., D. Popova und P. Schwind (2024), HICP and national CPI in Germany: as similar as possible, as different as needed, Deutsche Bundesbank, Technical Paper, Nr. 06/2024, in Kürze erscheinend.

Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur (2024), Ladeinfrastruktur nach 2025/2030: Szenarien für den Markthochlauf, Neuauflage 2024.

Puls, T. und M. Fritsch (2020), Eine Branche unter Druck: Die Bedeutung der Autoindustrie für Deutschland, Institut der Deutschen Wirtschaft, IW-Report, 43/2020.

Statistisches Bundesamt (2024), Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2024 um 0,2 % höher als im Vorquartal, Pressemitteilung Nr. 408 vom 30. Oktober 2024.

Transport & Environment (2024), One in four EVs sold in Europe this year will be made in China – analysis, Pressemitteilung vom 27. März 2024.

Wauters, J., Z. Zekaite und G. Garabedian (2024), Owner-occupied housing costs, policy communication, and inflation expectations, National Bank of Belgium, Working Paper Research, No 449.